

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

53 (3.3.1932)

Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10geplatzte Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gegenüber-
setzung 60 Pfennig o. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichterhaltung des
Anzeigenpreises, bei gerichtlicher Berechnung und bei Konturs außer Kraft tritt o. Erlösungs-
zeit und Berücksichtigung der Anzeigen-Verhältnisse 8 Uhr vormittags

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern
Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk
Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 1,70 Mark, jährlich 17,40 Mark o. Ohne Zahlung
1,50 Mark o. Durch die Post 2,30 Mark o. Einzelverkauf 10 Pfennig o. Ge-
schäft 6 mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postfach 2050 Karlsruhe o. Geschäftsstelle
und Redaktion: Karlsruhe 1, D., Waldstraße 28 o. Fernruf 2020/2021 o. Postfach 2050
Durlach, Gem. Nr. 9 D.-Baden, Jagdbaustr. 12, Karlsruh. Telefon 2: Offenburg, Postfach 11, 8

Nummer 53

Karlsruhe, Donnerstag, den 3. März 1932

52. Jahrgang

4 Präsidentschaftskandidaten

Die Zeit für die Einreichung von Wahlvorschlügen für die
Reichspräsidentenwahl ist abgelaufen. Es kandidieren:

1. Düstberg, 2. Hindenburg, 3. Hitler, 4. Thälmann.

Die Kandidaten werden auf dem amtlichen Stimmzettel in
alphabetischer Reihenfolge aufgeführt.

Schlagt Hitler!

Jetzt ist der Termin gekommen,
jetzt wird jede Kraft gebraucht,
jetzt wird ihm das Wah genommen,
jetzt wird der Faschismus gestaut und getauft,
jetzt wird er als das, was er ist:
eine Minderheit, die der Abgrund fröhlich.

Das andere kommt später dran!
Eine Parole geht alle an:
Schlagt Hitler!

Jetzt wird die Schlacht geschlagen,
jetzt wird jede Stimme gezählt.
Jetzt sollen die Zahlen lauten:
Hitler steht niemals legal und gewähnt!
Faschismus heißt Völkerei und Diktatur,
Faschismus, eine Minderheit nur!

Eine Parole geht alle an —
danach ist zum Weiterkämpfen Bahn:
Schlagt Hitler!

Peter P. u. a.

Politischer Meinungsaustausch in Deutschland

W. Gladbeck, 2. März. Die NSDAP hatte für heute noch
keine Besondere Einladung begehrt. Etwa 40 Nationalsozialisten hat-
ten aber die Saal für geschlossen. Gegen 19.15 Uhr ließ sich die
Tür öffnen und der Saal nicht mehr halten und drängte gegen
die Tür, die nun geöffnet wurde. Es entstand ein wildes Durchein-
ander. Von drinnen fielen Schüsse und wurden Steine in den
Saal geworfen. Sechs Personen erhielten schwere und fünfzehn
leichte Verletzungen. Die Polizei stellte die Ruhe und Ordnung
wieder her und beschlagnahmte verschiedene Pistolen, Tot-
schläger und ein Messer, das als Waffe gedient hätte.

W. Königberg, 2. März. In dem unweit gelegenen Tan-
nenwalde verhielten sich gestern Abend eine größere Anzahl von Kom-
munisten nach Schluß einer nationalsozialistischen Versammlung,
ihre politischen Gegner zu überfallen. Da es zu Schießereien kam,
wurden die Landjäger und ein Zug der Schutzpolizei eingesetzt.
Die Beamten mußten ebenfalls von der Schusswaffe Gebrauch
machen. Eine Arbeiterin aus Tannenwalde und ein Arbeiter aus
Königsberg, letzterer Mitglied der SPD, wurden getötet.

Salle a. S., 2. März. (SP.) An einer einsamen Stelle der
Landstraße nach Halle wurde der Gastwirt Glöser aus Seeben er-
schossen. Der Überfallene, der als kommunikativer
Funktionär in der Gegend tätig war, wurde mit schweren
Verletzungen ins Krankenhaus gebracht, wo er bald nach seiner
Wundheilung starb. Obwohl alle Umstände darauf hindeuten, daß
es sich um eine neue Bluttat der Nazis handelt, nicht das
solche Naziblättchen seinen Lesern ein Märchen von einem kom-
munistischen Mordmord auf.

Deutschnationaler Handlungsgehilfen- verband für Hindenburg

Der Vorstand des Gauverbandes im Deutschnationalen
Handlungsgehilfenverband, der 18 000 Mitglieder ver-
fügt, billigte einstimmig die Aufforderung seines Ver-
bandsvorsitzenden Reichs zur Wiederwahl Hinden-
burgs.

Stahlhelmers Klage



Es ist alles dunkel, es ist alles düster,
Dieweil mein Schatz mir untreu ist....

Schlagt Hitler!

Wahlauf Ruf des Allgemeinen Deutschen Beamtensyndikats für Hindenburg

Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtensyndikats erläßt zur bevorstehenden Reichspräsidentenwahl einen
Ausruf, in dem es heißt:

Be am te! Im ganzen Reich rüsten die Anhänger der
faschistischen Diktatur seit Monaten zum entscheidenden Schlage
gegen Volksrechte und Demokratie. Sie wollen die Grund-
rechte der republikanischen Verfassung im Reich und in den
Ländern zertrümmern, um ihre unumschränkte Herr-
schaft über Beamte, Angestellte und Arbeiter ausüben zu
können.

Be am te! Holt Ihr auf Gnade und Ungnade den faschi-
stischen Gewaltherrschern und ihren Terrorbanden aus-
geliefert sein?

Holt Ihr Eurer durch Krieg, Inflation und Wirtschaftskrise
erschütterten Existenz den letzten Rest rauben lassen?
Holt Ihr die Wahrung Eurer durch die republikanische
Reichsverfassung anerkannten Grundrechte in die
Hände jener legen, die noch vor kurzem in Harzburg die Ein-
heitsfront mit den Vertretern des monopolistischen Großkapitals
errichteten?

Der 13. März entscheidet auch über Euer Schicksal!

Wer in der Stunde höchster Not und Gefahr als Beamter
der Republik versagt, wer Hitler, Thälmann, Düstberg oder
einem anderen Kandidaten als Hindenburg seine Stimme gibt,
verläßt die Front aller staatsfeindlichen Elemente und treibt
damit Staat und Wirtschaft in das Chaos.

Entscheidet Euch für Hindenburg und verheißt der Re-
publik und dem deutschen Volk zum Siege!

Schiller von Goethe ermordet

Nationalsozialistische Wahnsinn-Propaganda in Deutschland
Die Frau Lubendorffs hat ein Buch veröffentlicht
unter dem Titel „Der ungeheilte Frevler an Luther, Lessing,
Mozart und Schiller“. In diesem Buch wird auseinandergesetzt,
daß Luther, Lessing, Mozart und Schiller
keines natürlichen Todes gestorben

seien. Sie alle seien einer Geheimgesellschaft jüdischer Her-
kunft, dem Rosenkreuzorden, zum Opfer gefallen, der sie zum
Tode verurteilt und vergiftet habe. Frau Lubendorff weiß
es ganz genau. Luther ist von Melanchthon vergiftet worden,
Lessing von Moses Mendelssohn. Mozart fiel dem Italiener
Salieri zum Opfer, und auch Schiller wurde vergiftet.

Wer mar im Falle Schiller der Schuldige?
Kein anderer als der „Bruder“ Goethe!
Frau Lubendorff bestärkt:

„Jene alle sind von verruchten Händen beiseite geschafft
worden, weil sie es gewagt haben, sich gegen die Macht Judas,
Roms und der Freimaurer, denn diese drei sind eins, aufzu-
lehnen. Die Loge hat es verstanden, über diese Todesfälle
allerlei Legenden von Krankheiten in die Welt zu setzen, aber
ihre Wirken wird für den Eingeweihten an der Art des Be-
gräbnisses der Opfer und der Behandlung ihrer Erdenreste
deutlich.“

Von dieser Ausgeburt des Wahnsinns
sind bisher in Deutschland 30 000 Exem-
plare verkauft worden.

Kein Wunder bei dem geistigen Verfall des deutschen Bürger-
tums. Kein Wunder auch, wenn man bedenkt, wieviele dem
nationalsozialistischen Wahnsinn nachlaufen. Denn

im Grunde genommen wurzelt die natio-
nalsozialistische Propaganda in gleichen
Wahnideen.

Welch ein Unterschied ist zwischen dem nationalsozialistischen
Redner Ahrendt, der in Nazi-versammlungen behauptet,
Zarès sei von Scheidemann und Hermann Müller ermordet
worden, und der Frau Lubendorff, die Goethe bezichtigt, Schil-
ler vergiftet zu haben? Soll

Deutschland jetzt nach solchen Wahnideen
regiert werden?

Die Harzburger

Der Krach zwischen Stahlhelm und Nazis - Wie Hitler großmäulig tut

Braunschweig, 2. März. (Ein. Draht.) Der politische Re-
ferent des Landesverbandes Braunschweig des Stahlhelm,
Kremel, machte auf dem staatspolitischen Abend der deutschna-
tionalen Volkspartei bemerkenswerte Mitteilungen über die Zerwürf-
nisse innerhalb der „nationalen Front“. Kremel erklärte, daß
seine Informationen nicht mehr als vertraulich betrachtet zu
werden brauchten.

Die Kandidatur Düstbergs sei, so führte Kremel aus, nur des-
halb ins Auge gefaßt worden, weil die deutschnationale Volkspar-
tei und der Stahlhelm die nationalsozialistischen Bedingungen
von Harzburg auf keinen Fall hätten annehmen können. Hitler
habe in Harzburg erklärt, in einem Bierejahr
werde er die Herrschaft in Preußen in der Hand
haben. Diese Voraussage sei in keiner Weise ein-
getroffen. Von den Nationalsozialisten seien nach der Heber-
nahme der Macht im Reich und nach einem Sieg bei der
Reichspräsidentenwahl die Posten des Reichstanz-
lers, des Außenministers, des Wehrministers und
des Innenministers besetzt worden. Sugenberg und dem
Stahlhelm habe man lediglich die Verwaltung der Finanzen in die
Hand geben wollen. So habe man die Deutschnationalen und die
Stahlhelmsvertreter zu Konzernen der Nazi machen wollen,
während die Nationalsozialisten die Macht allein in der Hand gehalten
hätten. Hitler habe sogar über den Fortbestand des Stahlhelm
keine bindende Versprechungen abgegeben wollen. Aus diesen Gründen

hätten Deutschnationale und Stahlhelmer die Kandidatur Düstbergs
auf keinen Fall unterstützen können. Wenn Hitler etwas anderes
angenommen habe, so habe er sich eben gründlich geirrt.

Als feinerzeit unmittelbar nach der Zusammenkunft in Harz-
burg in der sozialdemokratischen Presse die Behauptung auf-
gestellt wurde, daß die Harzburger Tagung in keiner Weise
einen harmonischen Verlauf genommen habe, glaubten sowohl
deutschnationale wie Naziblätter das nicht nur bestreiten zu
dürfen, sondern sie warfen der sozialdemokratischen Presse böswil-
lige Entstellung der Tatsachen vor. Aber alsbald traten
eine ganze Reihe von Tatsachen in Erscheinung, die durchaus
bestätigten, was die sozialdemokratische Presse behauptet hat.
Heute wissen wir, und zwar nicht erst durch die Mitteilungen
des Stahlhelmführers in Braunschweig, daß innerhalb der
Harzburger nicht nur tiefgehende Meinungsverschiedenheiten,
vielmehr schon ein Haß von ganz beträchtlichen Ausmaßen sich
herausgebildet hat. Hitler und seine Gefolgsleute glauben eben in
ihrem Hebermut, und angelehnt an die bisherigen kläglichen
Haltung der meisten bürgerlichen Parteien, sich alles heraus-
nehmen und sich alles erlauben zu dürfen. Daraus mußten
Zerwürfnisse entstehen, die Hitler und die seinen vielleicht im
Augenblicke noch unterschätzen, deren Wirkung aber auch den
Nazis fühlbar werden wird.

Ein lügnerischer Nazilump

Die Tägliche Rundschau lenkt die Aufmerksamkeit der Öffent-
lichkeit auf eine Rede, die der Nationalsozialist Werner am Son-
ntag in einer Parteiverammlung in Warnebünde gehalten hat.
Das Blatt zitiert den Bericht einer rechtsstehenden Zeitung in
Rostock. Darnach hat der Redner erklärt, „wie dieses Regierun-
gsystem am Volke handle, könne er heute Abend zum ersten Male
öffentlich ausprechen als authentische Wahrheit, die er jederzeit
belegen könne, und deren Widerspruch das Verhalten in der
Wemelfrage zur Genüge setze“. Im Anschluß an diese Ausführun-
gen erklärte Werner, die deutsche Reichsregierung habe die Ab-
sicht, die Grenze an die Oder zurückzuverlegen. Die Versammlung
habe unter dem Eindruck dieser ungeheuerlichen Behauptung ge-
standen.

Der Reichsinnenminister hat inzwischen mit der mecklenburgi-
schen Landesregierung, Bühlung angenommen und ihr nahegelegt, ein
Redeverbot gegen Werner zu veranlassen.

Daß es mit dem Redeverbot gegen einen solch elenden Verräter
nicht getan sein kann, sollte selbstverständlich sein, aber von Herrn
Grüner sind wir in der letzten Zeit an Handlungen der Schwäch-
lichkeit gegenüber den Nationalsozialisten gewöhnt worden, daß
durchaus die Befürchtung besteht, daß der Nazilump von Warne-
bünde nicht abührend am Schlawitzgen gepackt wird. Im übrigen
zeigt der Vorgang, daß die Nationalsozialisten, und das sicher auf
direkte Anweisungen aus dem braunen Hause in München heraus,
vor keiner Lüge, vor keiner Verleumdung und vor keiner Infamie
jetzt im Wahlkampf zurückzucken werden, um die Wähler zu ver-
hegen und dadurch Erfolge zu erzielen.

Preise und Löhne

Neue Gefahren — erste Warnungen

Die Lebensmittelpreise steigen. Wenn das so weiter geht, dann ist die ganze Preisentlastungsaktion der Reichsregierung für die Märzgeweine. Was die Regierung durch ihren Preiskommissar gutmachen will, läßt sie durch ihren Finanzminister wieder verderben.

Auch ein so gemäßigter und so weit rechtsstehender Mann wie Baltrušaitis, der zu den Unabwendigen sich zählende christliche Gewerkschaftler hat von der Tribüne des Reichstags herab mit besonderem Nachdruck auf diese Gefahren hingewiesen.

Die Regierung hat bei Erlass der vierten Notverordnung von der „schicksalhaften Verbundenheit von Löhnen und Preisen“ gesprochen. Sie hat damals auch ein Versprechen gegeben. Der Reichsfinanzminister erklärte im Dezember in seinem Schreiben an die sozialdemokratische Reichstagsfraktion:

„Sollten heute noch nicht überlebende Umstände eintreten, die diese Wechselbeziehungen zwischen Löhnen und Preisen wesentlich verändern, so wäre eine neue Lage entstanden. Gerade, um eine unentbehrliche Schrumpfung der Kaufkraft des deutschen Volkes zu verhindern, hat die Reichsregierung es als ihre Pflicht angesehen, darauf zu achten, daß der jetzige Stand von Löhnen und Gehältern nur bei einem entsprechend tief gehaltenen Stande aller Preise aufrechterhalten bleiben kann.“

Die Arbeiterschaft muß gerade jetzt die Reichsregierung mit allem Nachdruck an ihr Versprechen erinnern; denn neben der Unzulänglichkeit der Preisentlastungsaktion machen sich auch auf der Lohnseite immer wieder recht bedenkliche Erscheinungen bemerkbar.

Im Unternehmertum spielt man immer wieder mit dem Gedanken, womöglich noch einmal die Löhne zu senken. Auch tauchen immer wieder Gerüchte auf, die von neuen, angeblich noch in diesem Frühjahr kommenden Kürzungen der Beamtengehälter sprechen. Schließlich gibt auch die Haltung des Reichsarbeitsministeriums zu denken. Es hat z. B. die Allgemeinverbindlichkeitsklärung der Löhne des Bauwesens lobend abgelehnt. Warum? Sind dem Reichsarbeitsministerium die Bauarbeiterlöhne immer noch zu hoch? Auch der Zentralverband der christlichen Bauarbeiter ist der Auffassung, daß die Stellungnahme des Reichsarbeitsministeriums mit den Erklärungen der letzten Notverordnung nicht zu vereinbaren ist. Auf der Preis- wie auf der Lohnseite ist ein herabgehobenes Unrecht noch immer nicht beseitigt. Der Gesamtdurchschnitt der Lohnsenkungen der Notverordnung beträgt 12 Prozent. Die Senkung des Preisindex beträgt 12,5 Prozent. Die Senkung des Preisindex gegenüber dem Preisindex vom 1. Januar 1932 beträgt 12,5 Prozent. Die Senkung des Preisindex gegenüber dem Preisindex vom 1. Januar 1932 beträgt 12,5 Prozent.

Der Preisindex

Während der Rückgang des Preisindex für den Monat Januar 1932 noch 4,5 Prozent ausmachte, läßt sich für den Monat Februar 1932 nur ein Rückgang von 1,8 Prozent feststellen. Die Verbilligungsaktion hat sich also bereits katastrophal verlangsamt, daß man bereits von einem Stillstand und Stillhalten sprechen kann. Über die Bewegung des Preisindex selbst teilt das Reichsarbeitsministerium folgendes mit:

Die Preisindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und „sonstiger Bedarf“) beläuft sich nach den Feststellungen des statistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats Februar 1932 auf 122,8 gegenüber 124,5 im Vormonat; der Rückgang beträgt somit 1,8 Prozent. An dem Rückgang sind sämtliche Bedarfsgruppen — außer der Wohnung, deren Indexziffer mit 121,5 unverändert geblieben ist — beteiligt. Es sind zurückgegangen die Indexziffern für Ernährung um 1,9 Prozent auf 113,9, für Heizung und Beleuchtung um 2,4 Prozent auf 137,0, für Bekleidung um 3,0 Prozent auf 120,2 und für „sonstiger Bedarf“ um 2,2 Prozent auf 167,3.

Die Berechnungen auf Grund der Preisfeststellungen in der zweiten Februarhälfte ergeben im ganzen gegenüber

der ersten Februarhälfte	1932 eine Zunahme um 0,3%
der zweiten Januarhälfte	1932 eine Abnahme um 0,6%
der ersten Januarhälfte	1932 eine Abnahme um 2,4%
der zweiten Dezemberhälfte	1931 eine Abnahme um 5,6%
der ersten Dezemberhälfte	1931 eine Abnahme um 6,3%
der zweiten Novemberhälfte	1931 eine Abnahme um 6,9%
der ersten Novemberhälfte	1931 eine Abnahme um 7,8%
der zweiten Januarhälfte	1931 eine Abnahme um 12,5%
der ersten Januarhälfte	1931 eine Abnahme um 11,7%

Prozentual sind im Monat Februar die Ernährungsgruppen am wenigsten gesunken, nämlich nur um 1,9 Prozent. Der Rückgang der einzelnen Faktoren im Monat Januar 1932 gegenüber dem Dezember 1931 betrug bei den Ernährungsgruppen 3,2 Prozent, bei Heizung und Beleuchtung 5,6 Prozent, Bekleidung 4 Prozent und beim sonstigen Bedarf 5,2 Prozent.

Goerdeler meinte, daß jetzt Beruhigung im Wirtschaftsleben nötig sei, daß deshalb nur auf dem Gebiet der Tarife noch einiges geschehen könne und daß man weitere Preispaßungen jetzt den Gesetzen des Marktes überlassen müsse. Sagt das Goerdeler im Einverständnis mit dem Reichsfinanzminister? Soll man den Schluss ziehen, daß Reichsfinanzminister und Reichsregierung jetzt selbst das Nötige zur Erfüllung der Voraussetzungen der vierten Notverordnung unternehmen werden? Hier ist eine Klärung notwendig. Die Rundfunkrede Goerdelers, nach der der Preiskommissar seine Hauptarbeit offenbar als abgeschlossen ansieht, ist höchst bedenklich.

Das bankrotte System

In Deutschland tobt der Kampf um — das System. Die Nazis verstehen unter dem „System“ die Republik. Diese und das bürgerliche Einkommen der Arbeiter in ihr werden von den Hitlerhorden als die Ursachen des Elends hingestellt. Nach der Lüge der Nazis sind an dem wirtschaftlichen Zusammenbruch die organisierten Arbeiter, nicht aber die Wirtschaftsführer schuld. Das ist dieselbe Lüge, wie sie vor zehn Jahren von den Jugendergeizern zur Einweisung des alten Regimes erfunden wurde: die roten Schlingengräber, nicht aber die Herführer sollen schuld sein an dem verlorenen Krieg.

Die organisierten Arbeiter bekämpfen auch ein System: das kapitalistische System. Nicht die Republik, sondern die kapitalistische Wirtschaftsführung ist nach der Auffassung der Gewerkschaften am Ende mit ihrem Latein. Die Lösung der gegenwärtigen großen Schwierigkeiten — so ist auf der linken Seite die Lösung des Problems — kann nicht mehr auf der Ebene des kapitalistischen Systems gesucht werden. Dieses System ist am Ende seiner Fruchtbarkeit, und deshalb sind Reformen mit sozialistischem Charakter notwendig.

Das ist nicht nur die Auffassung der Gewerkschaftsführer, sondern noch mehr die der Massen. Die Massen wissen

Handelsabkommen mit Italien

Deutsch-italienische Besprechungen

Umfänglich wird mitgeteilt:

Die zwischen der deutschen und der italienischen Delegation geführten Besprechungen über einige Änderungen des bestehenden deutsch-italienischen Handels- und Schiffsverkehrsvertrages vom 3. Oktober 1925 haben zum Abschluß eines Zusatzabkommens über eine Reihe konkreter Fragen geführt, das in den nächsten Tagen unterzeichnet wird.

Außerdem haben die beiden Delegationen bei der Verhandlung die Handelsbeziehungen ihrer Länder einer umfassenden Nachprüfung unterzogen. Sie sind dabei zu der Überzeugung gekommen, daß erweiternde Möglichkeiten für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit Deutschlands und Italiens bestehen. Demgemäß haben die beiden Regierungen sich entschlossen, zunächst binnen kürzester Frist Besprechungen zwischen deutschen und italienischen Vertretern herbeizuführen, um damit die tatsächlichen Grundlagen für die Vereinbarungen zwischen den gleichartigen Wirtschaftszweigen beider Länder zu schaffen.

Die beiden Regierungen sind darüber einig, daß die Ergebnisse dieser Besprechungen einen nützlichen Ausgangspunkt für die künftigen Verhandlungen zwischen den beiden Ländern bilden werden.

Französisch-italienisches Abkommen

Paris, 2. März. (Via Draht.) Das französische Handelsministerium teilt zu dem Abschluß des neuen französisch-italienischen Handelsvertragsabkommens u. a. folgendes mit:

Das neue französisch-italienische Abkommen sieht zunächst für Frankreich die völlige Wiedererlangung seiner Tarif- und Zoll-

freiheit vor. In Zukunft werden weder für in Italien eingeführte französische, noch für in Frankreich eingeführte italienische Waren Vertragszölle existieren. Auf dem Gebiet der Einfuhrzölle ist beiden Ländern völlige Handelsfreiheit gelassen worden. Es ist nur vereinbart, daß jedes Land die Möglichkeit behält, die Zollerhöhungen wieder herzustellen, wenn dieses Gleichgewicht in seinem Schaden gestört worden ist. Eine andere wichtige Bestimmung des Abkommens besteht darin, daß es keine vollständige Austausch von Mindestzöllen enthält. Besonders werden auf Wein und Liköre, sowie Automobile und Automobil-Ersatzteile in Frankreich und Italien nur dann die niedrigen Zölle angewandt werden, wenn eine Vereinbarung zwischen französischen und italienischen Vertretern des Weinbaues, und der Automobilindustrie abgeschlossen wird. Die französischen Vertreter werden sich demnächst nach Rom begeben, um die Möglichkeiten eines solchen Abkommens zu prüfen.

Warum französische Anleihe an Tschekoslowakei

Paris, 2. März. (Via Draht.) Das „Journal de Debats“ schreibt zu der 600 Millionenanleihe, die in Frankreich mit der Garantie des Staates für die Tschekoslowakei aufgelegt werden soll: „Dabei handelt es sich bei dieser Anleihe nicht nur um eine technische, sondern auch um eine politische Frage von größter Bedeutung. Tschekoslowakei ist das stabile Element in Mitteleuropa, dessen ganzes Wirtschaftssystem sie gewissermaßen stützt. Von der Tschekoslowakei können neue Maßnahmen kommen, die imstande sind, die dieser Weg den neuen Welt an den vangermanische Fiat zu richten.“

Rückzug Chinas

Soll das „Waffenstillstand“ sein?

Schanghai, 2. März. (Via Draht.) Die chinesischen Truppen haben sich nach der Verbannung starker japanischer Verstärkungen mehr als 20 Kilometer von Schanghai zurückgezogen. Die Rückzug von Schanghai erfolgte in der Nacht zum Mittwoch. Die Japaner fanden die chinesischen Stellungen am Mittwoch morgen zu ihrer Überraschung leer. Die Japaner rückten sofort langsam vor. Sie vermuten hinter dem Zurückweichen der Chinesen eine strategische List.

Schanghai, 2. März. Die Chinesen behaupten, der heutige Rückzug sei lediglich eine taktische Bewegung, weil die Gefahr besteht, daß sie in der Nähe von Shanghai (auf dem Weg nach Nanking) von der Station Shanghai an der Eisenbahn Schanghai-Nanking) zurückziehen. Dort wollen sie den Widerstand fortsetzen.

Die chinesische Front nach heftiger Artillerie- und Bombenbeschichtung völlig durchbrochen.

Auch die rückwärtigen Verbindungen sind bedroht. Infolgedessen werden sich die Chinesen auf Nanchang (auf dem Weg nach Nanking) zurückziehen. Dort wollen sie den Widerstand fortsetzen.

Schanghai, 3. März. Die Hoffnung, daß der Rückzug der chinesischen Truppen auf eine Entfernung von 20 Kilometer von Schanghai die Beendigung der Feindseligkeiten im Gefolge haben würde, wird durch die Meldung enttäuscht, daß das Kriegsministerium in Tokio die japanischen Truppen bei Schanghai angewiesen habe, die zurückweichenden Chinesen solange zu verfolgen, bis ein Waffenstillstand vereinbart worden sei.

Neue japanische Offensive

Schanghai, 3. März. (8 Uhr früh.) Am frühen Morgen haben japanische Batterien von vorgeschobenen Stellungen aus die neuen chinesischen Stellungen beschossen.

W.B. Schanghai, 3. März. (8.27 Uhr früh.) Unter dem Schutze heftigen Sperrschusses ihrer Kriegsschiffe haben japanische Streitkräfte am frühen Morgen eine neue Offensive begonnen, um das Dorf Wangung und die Wangung-Forts zu erobern, die jetzt einen Monat lang japanischen Angriffen Trotz geboten haben.

sehr genau, warum sie das System, das kapitalistische System, hassen und bekämpfen. Nicht, weil sie irgendetwas und irgend- was einmal etwas vom Marxismus gehört oder gelesen haben, sondern weil ihnen das kapitalistische System die Kehle zuzunürt und das Leben zur Hölle macht. Deshalb wird heute die Frage nach dem Umbau der Wirtschaft in den Massen und zwar weit über den Kreis der freigeorgani- sierten Arbeiterschaft hinaus immer stürmischer aufgeworfen.

Verordnung über Meldepflicht bei Markenwaren

Im Deutschen Reichsanzeiger veröffentlicht der Reichskommissar für Preisüberwachung die angeforderte Verordnung über Meldepflicht, Mengen- und Gewichtsanzeige bei Markenwaren, die mit dem Tag der Verkündung in Kraft tritt.

Vor Diskontsenkung in England

London, 2. März. (Via Draht.) Die englische Dienstboten- ordnung, die den Erwerb von Devisen nur für Immo- und Reise- zwecke gestattet, ist aufgehoben worden. In Erwartung der Auf- hebung dieser Verordnung war der Pfundkurs in den letzten Tagen durchweg fest. Im Unterhaus teilte der Schatzkanzler am Mit- woch mit, daß England am Freitag von den im letzten Sommer von Amerika geliehenen 40 Millionen Goldpfund 30 Millionen zurückzahlen werde. Die City hofft, daß die Bank den Diskont um ein Prozent auf 4 Prozent heruntersetzen wird.

Der preussische Haushaltsplan

Berlin, 2. März. (Via Draht.) Der preussische Haushaltsplan wurde am Mittwoch dem preussischen Staatsrat vorgelegt. Der preussische Finanzminister, der die Sitzung des Staatsrats mit längerer Ausführungen einleitete, erklärte unter anderem, daß die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung über den Ausgleich des reiflichen Selbstbetrages von 100 Millionen Mark am Dienstag abgeschlossen worden seien.

Dolchstoßpolitik gegen Hindenburg

Krieg im Dunkeln

Wie — neben der rein Geld und keine Skrupel scheuernden öffentlichen Agitation — insgeheim gegen Hindenburg gearbeitet wird, zeigt eine Mitteilung, zu der sich die Haupt- geschäftsstelle des Hindenburgausschusses geäußert hat:

„Durch eine böswillige, aber geschickt geführte Mundpropaganda wird, wie aus allen Teilen des Reiches berichtet wird, die Behauptung verbreitet, daß der Oberst von Hindenburg und der Staatssekretär Meißner Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei seien, und daß die Kinder des Obersten von Hindenburg in einer „Gottlosen Schule“ erzogen würden. Die Hauptgeschäftsstelle der Hindenburgauschäftsstelle stellt fest, daß diese Nachrichten sämtlich erlogen sind.“

Von anderer Seite wird mitgeteilt, daß in ähnlicher Weise auch der konfessionelle Hader geschürt wird. Meißner wird als ein katholischer Kanzler hingestellt, und spricht von geheimnisvollen Hintergründen dieser Zusammenarbeit. So wird der Krieg im Dunkeln gegen Hindenburg durch Dolchstoßpolitik von seiten der Sozialdemokratie betrieben, die dann noch Beschwerden wegen „mangelhafter Ritterlichkeit“ vorbringen. Frechheit ist eben auch eine Waffe zur Aufrichtung des „Dritten Reiches“ — wenn das Volk auf solch dummen Schwindel hereinfällt.

Hefisches Naziblatt verboten

Das neue „amtliche Organ der heffischen Nazi-Partei“, der „Kurier“, dessen erste Nummer am Mittwoch als Konkurrenz zum bisherigen Organ „Hessenshammer“ in Darmstadt erschienen wurde wegen schwerer Verstöße gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 23. März 1931 auf zwei Wochen verboten.

Die Rekonstruktion der Großbanken

Es wird uns geschrieben:
Die auf dringliches Betreiben des Reiches und der Reichsbank vor kurzem vollzogene Neuordnung des deutschen Großbankensystems stellt derart tief in den Ablauf der innerdeutschen Gesamtwirtschaft ein, daß es sich lohnt, die volkswirtschaftliche Bedeutung dieses riesigen Reformwerkes nicht nur unter dem speziellen Gesichtspunkt des Verhältnisses zwischen Staat und Banken, sondern darüber hinaus auch unter dem mehr oder weniger politischen Gesichtspunkt des grundsätzlichen Verhältnisses zwischen Staat und Privatwirtschaft einer — vom sozialistischen Standpunkt aus — kritischen Betrachtung zu unterziehen. Die Kollision zwischen Dresdener- und Danzigerbank, zwischen Commerzbank und Barmer Bankverein, die Fügung der Allgemeinen Deutschen Kreditanstalt (ADKA) und der innere Umbau der Deutschen Bank und Diskontogesellschaft, — das sind im wesentlichen die Kernpunkte des gigantischen Sanierungsprogramms, für dessen Durchführung das Reich, ermächtigt durch die Notverordnung vom 22. Februar 1932, über die Sanierung von Bankunternehmungen Hunderte von Millionen Mark zur Verfügung stellt.

Eine sachliche Rechtfertigung dafür, daß das Reich, — ausgerechnet in einem Augenblick, da es jede weitere Kreditpannung für die Zwecke dringlicher sozialpolitischer Aufgaben, insbesondere für die Durchführung konkreter Arbeitsbeschaffungspläne verweigert und außerdem seine bisherigen Lasten hierfür noch weiterhin einzuheben bemüht ist, — seine an sich schon riesenhafte schwebende Schuldenlast um derart ungeheuerliche Summen vergrößert, ohne ein angemessenes machtpolitisches Äquivalent dafür einzutauschen, wird nur schwer zu erbringen sein, jedenfalls aber weiten Teilen des Volkes unverständlich bleiben. Die zu Beginn der Bankenkrisis von Reich und Ländern übernommenen Staatsgarantien — mit denen die öffentliche Hand die privaten Geschäftsrufen eines wesentlichen Teiles des großkapitalistischen Bankensystems in teilweise recht erheblichem Umfang übernahm — hatten seiner Zeit dazu geführt, daß von sozialdemokratischer Seite einräumlich als langst die unvermeidliche Inangriffnahme einer großzügigen Sozialreform des Großbankensystems und eine planmäßige Bewirtschaftung des Kreditmarktes — als selbstverständliches Äquivalent für die übernommenen Garantien — gefordert wurde. Es war zu erwarten, daß diese Forderungen von dem herrschenden privatwirtschaftlichen System — wollte es nicht selbst seine eigene Existenzgrundlage preisgeben — nicht restlos akzeptiert werden würden. Eine reichlich klägliche Kompromißlösung des Problems der Bankkontrollen, — das war alles, was von diesen Forderungen realisiert werden konnte. Statt dessen hat das Reich, — ohne die gescheiterten Machterhältnisse in angemessener und würdiger Weise auszumachen — mit der Beanspruchung einer reichlich beschriebenen Einflußmöglichkeit für sich genommen: Es ist unter der Drohung der wiederholten Inhaftierung der Verantwortlichen

Die ungeheuer problematische Frage nach der sozialen Berechtigung dieser riesenhafte finanziellen Opfer, die das Reich freiwillig auf sich nahm, um ein morisch gewordenen Großbankensystem vor dem Zusammenbruch zu bewahren, ist in der Tat nur schwer, jedenfalls aber nur im Zusammenhang mit der Frage nach den Konsequenzen zu beantworten, die unweigerlich mit diesen eintreten müssen, wenn das Reich die wankenden Grundpfeiler des großkapitalistischen Bankensystems — die Großbanken — in jenen kurzlebigen Tagen des allgemeinen Ruins ihrem Schicksal überlassen oder ihre Rekonstruktion späterhin nicht unterstützt hätte. Wenn Reichsfinanzminister Dietrich kürzlich in seiner Rundfunkrede laute, daß die gründliche Rekonstruktion der Großbanken — notwendig geworden durch die Juliereignisse des vergangenen Jahres — für die Funktionsfähigkeit des gesamten deutschen Wirtschaftsapparates eine Schlüsselrolle sei, so war das sicherlich keine Übertreibung. Hunderttausende und eine halbe Million Bürger haben bei den Großbankinstituten und ihren Filialen als Einleger einen Betrag von insgesamt etwa 8 Milliarden Mark stehen, und eine halbe Million Schuldner arbeiten mit den von den Großbanken teilweise aus diesen Einlagen gewährten Krediten, Millionen weiterer Existenzen hängen von diesen zwei Millionen Gläubigern und Schuldnern ab. Eine Vernichtung dieser Gelder würde also bedeuten, daß eine Anzahl kleiner und großer Unternehmungen ihre Zahlungen einstellen, ihre Büros und Betriebe schließen, ihre Anstellungen und Arbeiter entlassen müßten, daß die öffentlichen Einnahmen durch die Einnahmehinfortsetzungserlöse verringert werden würden, daß Staat und Gemeinden ihre Sozialleistungen einfach nicht mehr aufzubringen vermöchten. Keine Phantasie ist schwarz genug, um die Konsequenzen einer solchen Katastrophe zu Ende zu denken und das unheilvolle Ende auszumalen, das über Hunderttausende von Arbeiterfamilien hereinbrechen müßte. Das und nur das ist es, was den ehrlichen und verantwortungsbewußten Sozialisten aus Gründen der ersten Notwendigkeit zwingt, zu diesem gigantischen Sanierungsprogramm wenigstens nicht nein zu sagen. Helmut Wolfweiler.

Astronomische Zahlen aus dem Reichspost-Betrieb

BRIEFE 11,7 Milliarden = 1,9 Millionen Km. 5mal Entfernung Erde-Mond	PAKETE 232 Millionen = 100.000 Km. 2 1/2 mal rund um die Erde
WAGENACHSKILOMETER 561 Millionen	TELEGRAMME 27 Millionen = 60.000 Km. 15mal rund um Deutschland
ZAHLKARTEN POSTANWEISUNGEN 325 Millionen = 65.000 Kilometer 1 1/2 mal rund um die Erde	

Aus aller Welt

Strafanträge im Schultheiß-Prozess

Berlin, 2. März. (Eig. Draht.) In dem Berliner Prozeß gegen die Generaldirektoren der Schultheiß-Bankener AG. beantragte Oberstaatsanwalt Sturm am Mittwoch gegen den Hauptangeklagten Ludwig Kasellenbogen wegen Bilanzverschleierung, Untreue und Prozeßbetrug insgesamt 1 1/2 Jahre Gefängnis und 50 000 Mark Geldstrafe, evtl. fünf weitere Monate Gefängnis. Die Untersuchungshaft soll Kasellenbogen, der als einziger Angeklagter in Haft sitzt, voll anzurechnen werden. Gegen Generaldirektor Benzlin beantragte Oberstaatsanwalt Sturm wegen Bilanzverschleierung drei Monate Gefängnis und 10 000 Mark Geldstrafe; für die im angegebenen Falle ein Monat anzusetzen sei, wegen Prozeßbetrugs 6 Monate Gefängnis und weitere 10 000 Mark Geldstrafe. Diese Strafen sollen in sieben Monaten Gefängnis und 20 000 Mark Geldstrafe zusammengefaßt werden. Für den Angeklagten Sobenheim hält die Staatsanwaltschaft vier Monate Gefängnis und 10 000 Mark Geldstrafe, gleichfalls wegen Bilanzverschleierung, für angemessen. Der Antrag gegen den Angeklagten Kühnmas lautete auf zwei Monate Gefängnis und 10 000 Mark Geldstrafe. Gegen Generaldirektor Funke beantragte der Oberstaatsanwalt lediglich wegen Bilanzverschleierung insgesamt 20 000 Mark Geldstrafe, davon 10 000 Mark an Stelle einer an sich verwirkten Gefängnisstrafe von einem Monat. In ihren Plädoyers gaben die Anklagevertreter ein umfassendes Bild der zweifelhaften Geschäftsführung der Schultheiß-Bankener in den Details auf.

Sturm auf Kohlenhalden

Walsum, 2. März. Die Kohlenhalden der stillgelegten Zeche „Athen“ der Rheinischen Stahlwerke wurden gestern von annähernd 500 Personen an verschiedenen Stellen zugleich besetzt. Die Polizei hat 30 Personen festgenommen.

Vorzellanstadt Selb in Schwierigkeiten

Die oberfränkische Porzellanstadt Selb (15 000 Einwohner) hat sich gezwungen gesehen, bis auf weiteres die Gehaltszahlungen an ihre Beamten einzustellen. Die Wohlfahrtsunterstützungen an die Arbeitslosen werden noch weiter gezahlt. Die finanzielle Bedrängnis der Stadt steigerte sich mit der Zunahme der Arbeitslosigkeit seit Oktober v. J. von Woche zu Woche, da die großen Porzellanbetriebe von Kohlenhof und Hüttenreuther stillgelegt sind.

Entführung des kleinen Lindbergh

New York, 2. März. Der neun Monate alte Sohn des bekannten Ozeanfliegers Ozer Lindbergh wurde gestern abend entführt. Das Kind war zur gewohnten Zeit um 19.30 Uhr zu Bett gebracht worden. Als dann jemand um 22 Uhr nach ihm sah, war es aus dem Schlafzimmer verschwunden. Wie der oder die Räuber es fertiggebracht haben, unbemerkt zu entkommen, ist noch nicht klar. Der Raub erfolgte in dem neuen Wohnsitz des berühmten Fliegers, in dem Hügel land von Sopotwell (New Jersey). Das Haus liegt einsam und weit entfernt von den Verkehrsstraßen.

Newark (New-Jersey), 2. März. Auf einer an Oberst Lindbergh gerichteten Postkarte wurde Lindbergh in Dankschulden mitgeteilt, daß sein Kind gefund und wohlbehalten sei. Lindbergh werde noch besondere Anweisungen erhalten, nach denen er sich zu richten habe.

Newark, 2. März. Oberst Lindbergh erhielt die Mitteilung, daß für sein Kind 50 000 Dollars Lösegeld gefordert werden. Die Eltern des Kindes sind bereit, diese Zahlung zu leisten. Der Staat New-Jersey hat eine Belohnung von 10 000 Dollars für die Ergreifung der Räuber ausgesetzt.

Der Strahburger Mädchenmord

Strasbourg, 2. März. Die polizeilichen Nachforschungen in der Angelegenheit des Mädchenmordes von Schiltigheim haben zu einem ersten Ergebnis geführt. Es wurde ein in Strahburg wohnhafter Chauffeur namens Schmitt mit seiner Geliebten verhaftet, unter dem Verdacht, den Mord begangen zu haben. Das erste Verhör hat bis spät in die Nacht hinein gestern Abend noch fortgedauert. Das verhaftete Paar wurde über Nacht festgehalten, um heute morgen weiter verhört zu werden. Bei der Untersuchung werden jedenfalls die Schriftproben der Verhafteten und der Vergleich mit den heben an die Polizei gerichteten Briefen im Stille Kürtens eine Rolle spielen.

Neue Alphabete

Die wissenschaftliche Forschungsstelle beim Leninarader Institut für Koffer der nördlichen Bezirke der Sowjetunion hat Alphabete für 14 zurückgebliebene Völker des Nordens zusammengestellt. Schon in diesem Jahre sollen folgende Völker Alphabete erhalten: Lappen, Ostjaken, Bogulen, Samoieden, Tungusen, Lamuten, Golden, Koriaten, Eskimos, Hiliaben. Berner ist es möglich gewesen, ein Alphabet für die Kamtschatka- und Aleutenbevölkerung herauszugeben.

Der Lappo-Aufstand in Finnland

Die Regierung ist gerüstet

Sellingsfors, 2. März. (Eig. Draht.) Die Regierung ist weiterhin entschlossen, den Lappo-Aufstand mit allen Mitteln entgegenzutreten. Sie hat die Garnison in Sellingsfors neuerdings durch ein Infanterieregiment und ein Regiment Infanterie aus der Provinz verstärkt lassen. Ferner wurde die Verhaftung der Puttschiftenführer Kojala und Wallenius angedroht. Das Oberkommando über die Armee und die Schutzgarde hat der Reichspräsident übernommen. Sellingsfors selbst ist kriegsmäßig gesichert. In den Vororten sind Geschütze aufgestellt und Maschinengewehre angelegt worden. Aus Mäntälä, dem Hauptort der Puttschiften hat die Regierung zuverlässig erfahren, daß am 13. März ein Marsch der Lappo-Aufständigen nach Sellingsfors geplant ist und die Lappo-Aufständigen zu der gleichen Zeit bestimmt mit einem Putsch der Nationalisten in Deutschland rechnen.

Am Mittwoch nachmittags 14.30 Uhr trat der Reichstag zur Entgegennahme einer Regierungserklärung zusammen.

Sellingsfors, 2. März. Amtlich wird mitgeteilt, daß Reichspräsident Svinhufvud persönlich den Oberbefehl übernommen hat um die Ordnung wieder herzustellen.

An Stelle des zurückgetretenen Innenministers ist der Generalstaatssekretär General Deich zum Minister des Innern ernannt worden.

Jeden Freitag vormittag: „Sanne und Ella“ die vorbildlichen Hausfrauen, plaudern im Radio!

Über alle deutschen Sender: Zum ersten Male „Sanne und Ella“ die vorbildlichen Hausfrauen!



In ganz Deutschland werden Freitag vormittag die Frauen aufhören. Im Radio belauscht man zum ersten Male „Sanne und Ella“, die vorbildlichen Hausfrauen. Sie verraten praktische Winke, Rezepte für zeitgemäßes Wirtschaften, kurz: Dinge, die jede tüchtige Hausfrau gerne noch dazulernt. Dabei geht es so interessant und lebendig zu, daß Sie glauben, selbst dabei zu sein. Lassen Sie sich dieses Ereignis nicht entgehen; Sie hören „Sanne und Ella“ jeden Freitag vormittag. Und wenn Sie fleißig mithören, kann es nur Ihr „Gewinn“ sein...



Von Millionen Hausfrauen bevorzugt!

Eiserne Front-Kundgebung!

Sonntag abend im großen Festhalle-Saal

Referent:

Innenminister a. D. **A. Remmele**

Wählerinnen, Wähler! Kommt in Massen!

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Das kontinentale Hochdruckgebiet, das unsere Witterung seit länger Zeit beherrscht, ist jetzt soweit nach Osten zurückgewichen, daß die in Südwesteuropa liegende Zirkone ihren Wirkungsbereich weit gegen Osten nach Mitteleuropa ausdehnen konnte. Sie ist jedoch inzwischen so stark verflacht, daß eine ausgeprägte Verschlechterung des Wetters bei uns vorerst nicht zu erwarten ist. Insbesondere stehen auch für morgen noch keine Niederschläge bevor. **Wetterausblick für Freitag, den 4. März 1932:** Zeitweilig leicht bewölkt, sonst keine Veränderung.

Wasserstand des Rheins

Koblenz 62; Waldshut 151, aef. 3; Schusterinsel Minus 5; Rehl 144, aef. 2; Mainz 303, aef. 3; Mannheim 163 Stm.

Eiserne Front Karlsruhe

Sämtliche Bezirke, die weder einen eigenen noch einen gemeinsamen Leitungsausschuss eingeleitet haben, treten heute abend 8 Uhr in der Ausstellungshalle an. Pünktliches und vollständiges Erscheinen wird erwartet.

Hinheim

Die Mitglieder der Eiserne Front treten Freitag, den 4. März, abends 8 Uhr, im Saal zum Gericht vollständig an. Es wird Pünktlichkeit erwartet.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Bezirk Mühlburg

Montag, den 7. März 1932, abends 20 Uhr, im Lokal „Zum Gericht“ außerordentliche Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Die innen- und außenpolitische Lage und Reichspräsidentenwahl. Referent: Reichstagsabgeordneter Gen. Schöpflin.

Bezirker Verkehrsnotierungen Mittelkurs

	2. März	1. März
Niederdeutsch	100 St. 169.66	170.00
Stalder	100 St. 21.66	21.90
London	100 St. 14.65	14.69
New York	100 St. 4.209	4.217
Paris	100 St. 16.66	16.60
Brüssel	100 St. 12.485	12.480
Schweden	100 St. 81.52	81.49
Spanien	100 St. 32.65	32.65
Stockholm	100 St. 80.90	81.08
Wien	100 St. 49.16	50.06

Veranstaltungen

Donnerstag, den 3. März 1932:
Badisches Landestheater: Rollenkreis Tod, 20 Uhr.
Konzertsaal: Merens-Georg-Zangabend, 20 Uhr.
Cafeteria: Internationale Ringkämpfe, 20.30 Uhr. Einlage: Belmer Deiner.
Gloria-Palast: Lagen auf Klagen. Welprogramm.
Kammer-Theater: So lang noch ein Walzer von Strauß erklingt... Der Mann von St. Bartholomäus.
Palast-Theater: Solange noch ein Walzer von Strauß erklingt... Welprogramm.
Theater-Theater: Komu. Welprogramm.
Schauburg: Der Geheimagent. Die Besagte. Ein Lustspiel, eine Neuheit.
Londelprogramm.
Urania-Theater: Nicht. Die ideale Sängerstadt. Welprogramm.
Gartenbau-Theater: Vortrag: Bürgerliche Ehe - Solange. 20.15 Uhr.
Kaffe Haus: Gesellschaftsabend, 20.30 Uhr. Prof. Köstlin mit Kapelle.

Vereinsanzeiger

Die in 4 Zeilen 50 Pfg. die Zeile. Bei 5 u. mehr Zeilen 60 Pfg. die Zeile.
Vereinsanzeigen haben unter dieser Rubrik in der Regel keine Notwendigkeit, aber werden von der Redaktion nicht berücksichtigt.

Karlsruhe.
K. A. S. D. Freitag halb 9 Uhr Spielerversammlung Volkshaus.
Volkshaus West. Morgen Freitag abend zur Ehrung unseres Sängervorstandes. Zusammenkunft um halb 8 Uhr beim „Engel“ Grünwinkel. Erscheinen der Sänger Ehrenpflicht. — Singstunde um halb 8.30 Uhr. Die Vereinsleitung.
Deutscher Freidenkerverband e. V. Drisaruppe Karlsruhe. Samstag, 5. März, abends 7 Uhr, und Sonntag, 6. März, morgens halb 10 Uhr, im „Volkshaus“, Schützenstraße. Funktionärliste über sehr wichtige Fragen. Alle Mitglieder können sich beteiligen. 1507
S. B. „Bismarck“. Heute Freitag keine Singstunde, dafür morgen Samstag abend halb 9 Uhr. Nach der Singstunde Sängerversammlung. Vollständiges Erscheinen wird erwartet. Die Verwaltung.
Naturfreunde. Morgen Freitag, 20 Uhr, im Volkshaus Lichtbildvortrag: „Von Kaufhaus zum Gelben Meer.“ 1491

Partei-Nachrichten

Saasfeld. Sojdem. Partei. Umstände halber mußte die auf gestern abend einberufene Mitgliederversammlung verschoben werden. Die Versammlung wurde nunmehr endgültig auf kommenden Samstag halb 8 Uhr im Rathausaal anberaumt. Da an diesem Abend keine Singstunde stattfindet, steht dem Besuch nichts im Wege. Auch die Mitglieder der Eisernen Front werden dazu eingeladen, mit der Bitte, vollständig zu erscheinen.

Gewerkschaftliches

Grünwettersbach. Achtuna Metallarbeiter und Holzarbeiter von Grünwettersbach, Hohenwettersbach und Palmbach. Freitag, den 4. März, abends 7 Uhr, findet im Gasthaus „Zum Adler“ eine Mitgliederversammlung der obengenannten Drie statt. Vollständiges Erscheinen ist Pflicht. Um mündliche Weiterverbreitung wird gebeten.

Gemeindepolitik

Gemeinderatsbeschlüsse

Zöhligen (Sitzung vom 26. Februar)
Der Bürgerlehn Karl Friedrich Reichert wurde in die Bürgergenossenschaft aufgenommen. Die vorgelegenen Rechnungsbelege wurden zur Kenntnis genommen und dieselben in Einnahme bzw. Ausgabe genehmigt. Von dem staatlichen Zuschuß in Höhe von 1200 M für Ausgesteuerte wurde Kenntnis genommen. Die wöchentliche Ausgabe an die Ausgesteuerten, welche nur Brot, Fleisch und Kolonialwarenarten in einem ganz geringen Quantum erhalten, betragen über 300 M. Es wäre zu begrüßen, wenn die Gemeinde weitere Zuschüsse erhalten könnte, um so die Not der Armen über Wasser halten zu können. Einige Anträge von Ausgesteuerten betr. Miete, Arbeit oder Brot waren Gegenstand der Beratung und Beschlußfassung.

Zell a. S. (Sitzung vom 11. Februar)
Der Gemeinderat lehnt eine Erhöhung der Gemeindesteuern über die für das Rechnungsjahr 1931/32 erhobenen Säse ab, weil der in Frage kommende Betrag zu geringfügig ist und eine Erhöhung bei der derzeitigen wirtschaftlichen Notlage nicht verantwortet werden kann. — Der Gemeinderat nimmt Kenntnis davon, daß das Finanzministerium des Innern einen Beitrag zu den Wohlfahrtskosten von 1000 M bewilligt. — Von der staatlichen Genehmigung der Verordnungen der Stiftungsräte und Beamten wird Kenntnis genommen. — Für die Sachbearbeitung wird eine Senkung von 150 M auf 130 M jährlich vorgeschlagen. — Der besichtigte Hofe-Wohlfahrtsrat an den Rechnungen des Birmin-Sobier-Neber-Stiftes für die Rechnungsjahre 1924/29 wird eröffnet. — Die Veranlagung der Güter des Spitalfonds und der Stadt wird mit Ausnahme eines Leibes genehmigt. — Den Jagdpächtern wird für das Jahr 1932 eine Erhöhung ausgesetzt. — Steuererlässe werden verabschiedet. — Anlässlich des Volkstrauertages am 21. Februar soll die übliche Kriegergebärdnisfeier abgehalten werden.

(Sitzung vom 18. Februar)

Die am 17. Februar stattgefundene Holz- und Reislosversteigerung wurde genehmigt. — Holzverkauf werden getätigt. — Unterstützungs- und Steuererlässe werden verabschiedet. — Die Höhe für die Wohlfahrtsarbeiten werden mit Wirkung vom 15. Februar an neu geregelt. — Ein Grundstückslos wird verpachtet.

(Sitzung vom 25. Februar)

Ein Holzverkauf wird genehmigt. — Steuer- und Unterstützungserlässe werden verabschiedet. — Die Pachtzinsen für die städtischen Gärten werden um 20 v. H. ermäßigt. — Ueber Beschwerden in Armenjahren im Sinne der R. V. D. entscheidet der gesamte Gemeinderat. — Ein Grundstückskauf, Verkauf bzw. Austausch von städtischem und Gemeindeeigentum wird beschlossen.

Aus dem Gerichtssaal

Der Zusammenbruch der Spar- und Darlehenskasse Lehen-Begenhausen

Dritter Verhandlungstag.

Freiburg i. Br., 2. März. Der dritte Verhandlungstag galt der Vernehmung des Angeklagten Franz Koner Herz in Lehen, dem früheren Redner der Spar- und Darlehenskasse Lehen-Begenhausen. Seine Vernehmung ergab, daß er seinen Kredit zum ersten Male am 1. Juli 1924 überschritten hat und zwar deshalb, weil er über sein Konto Wechsel und Aktien anderer laufen ließ, um, wie er sich ausdrückte, einen lebhafteren Geschäftsgang zu bewerkstelligen. Nach seiner Angabe hat Sägemerksbesitzer Kiesel in sein Konto auf 44 000 RM. angeschlossen lassen. Um einen Ausgleich für dieses stillgelegte Konto zu erreichen, betrieb Herz ein lebhaftes Wechselgeschäft. Herz lernte den ebenfalls angeklagten Hermann Goll von der Goll AG. im Jahre 1923 kennen und im Verlaufe trat Goll an Herz heran wegen einer eventuellen Geschäftsverbindung. Bis zum 5. April 1925 ist das Konto Goll auf 66 500 RM. angeschwollen. Am 15. September 1925 erfolgte die gesetzliche Revision der Kasse durch Revisor Schmidt, die ergab, daß die Konten Herz und Goll außerordentlich stark belastet waren. Herz suchte sich durch ein herbeigeschaffte Bürgschaft seines Freundes Weber in Begenhausen über 20 000 RM. zu entlasten. Auch das Konto Goll wurde von dem Revisor stark beanstandet. Nach rechtskräftiger Verurteilung des Angeklagten Herz, der übrigens auch zum Ausdruck brachte, daß Sattler als eine Art Vertretung in Begenhausen galt, brach eine lebhafte Diskussion zwischen Verteidigern, Staatsanwalt und Vorstehenden über die prozessuale Gestaltung der Verhandlung aus. Die Verhandlung wurde hierauf auf Donnerstag 8 1/2 Uhr verlagert.

Auskünfte der Redaktion

Reichspräsidentenwahl. 1. Wahltag: Nach dem Ergebnis vom 30. März 1925 erhielten bei 27 291 401 Stimmen Braun 7 838 676, Heide 999 036, Heide 1 582 414, Sarres 10 787 870, Lubendorf 210 968, Marx 3 988 659, Thälmann 1 885 778. 2. Wahltag vom 26. April: Stimmberechtigte 39 423 655, ungültig 216 051, gültig 39 207 604, und zwar auf Hindenburg 14 655 766, Marx 13 751 615, Thälmann 1 931 151, Seippel 13 416. E. S. Schweizerische Bauzeitung, Zürich. Nähere Einsicht auf unserer Geschäftsstelle, Waldstr. 28.

KAMMER LICHTSPIELE

KAISERSTRASSE 100
Ab heute das große Doppelprogramm

1. Ein Tonfilm voller Anmut und Grazie! — Wasserstimme und Frosin durch die bezaubernden Strauss'schen Melodien!

So lang noch ein Walzer vom Strauß erklingt...

mit Gustav Fröhlich, Maria Paulier, Hans Junkermann u. s. w.

2. Der Mönch von St. Bartholomäus (Das Geheimnis vom Königssee) mit Wella Fopel, Emil Heide, Willy Kayser.

Anfang 3 Uhr, letzte Vorstellung 8.30 Uhr. Preise von 60 Pfg. an

Felix Bressart



Holzappel weiß Alles

Felix Bressart als Holzappel, der alles weiß, wird Sie wieder stundenlang zum Lachen bringen!

• Heute 3.00 5.00 7.00 9.00 •

Palast-Lichtspiele

Küche

natur lackiert, bestehend aus 1 Sch., 140 cm br., 1 Stuhl, 1 Tisch, 2 Stühle, 1 Kocher, komplett nur 230 RM

Schlafzimmer

in eichen, bestehend aus 1 Schrank, 180 cm breit, 2 Betten, 1 Baldachinmode mit echt Wollm., 2 Radiotische mit Glasplatten, 2 Stühle, alles ganz schwer gearbeitet, Preis 390 RM

Waldschneiderei
M. Böfinger
Sumboldstraße 8.

Oberjude Größe 46, Kleinteile Größe 42 billig zu verkaufen. Waldhornstraße 36

Luba Creme für Schuhe

Erste Terpentin-Öl Qualität u. doch nur 20 Pfg. 25 Pfg.

